

Pressemitteilung

Wiesbaden, 15. Juni 2018

Erklärung für ein Ja zur Vielfalt!

„Gegen Rechtspopulismus - Zivilgesellschaft jetzt stärken!“

Vor den hessischen Landtagswahlen stellt sich das *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen* mit seiner „Erklärung zur Vielfalt!“ gegen Rechtspopulismus und fordert unbürokratischen Diskriminierungsschutz!

Das zivilgesellschaftliche *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen* hat heute in Wiesbaden ein klares Bekenntnis zu Vielfalt und Akzeptanz in der hessischen Gesellschaft gefordert. Der wachsende Rechtspopulismus sei eine Gefahr für die Demokratie und die Errungenschaften einer modernen Gesellschaft. Besonders sogenannte „Minderheitengruppen“ wie z.B. Muslime, Geflüchtete oder Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stünden im Fokus populistischer Propaganda. Auch im Alltag seien sie zunehmend von Diskriminierung betroffen.

Die Unterzeichner*innen der Erklärung fordern jetzt einen unbürokratischen und schnellen Diskriminierungsschutz.

Dazu gehöre auch in Hessen vor allem die Schaffung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes. Das bundesweit geltende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) weise zu viele Schutzlücken auf. So gilt es beispielsweise nicht für Schüler*innen und Studierende, für die Polizei oder die Medien.

Zugleich wollen die Unterzeichner*innen eine Erweiterung des AGG und die Streichung von diskriminierenden Ausnahmeregelungen in Tendenzbetrie-

ben. „Über 10 Jahre Erfahrung zeigen, dass wir mehr Schutz und Sanktionsmöglichkeiten brauchen. Menschen werden auch z.B. wegen ihrem sozialen Status, ihrem Gesundheitszustand oder ihres Aufenthaltsstatus benachteiligt oder diskriminiert. Das kann sich eine offene und menschenfreundliche Gesellschaft auf Dauer nicht mehr leisten!“, so die Verfasser*innen der Erklärung.

Zudem gelte es, bestehende bürokratische Barrieren zu beseitigen. Mehr niederschwellige Hilfs- und Beratungsangebote, längere Klagefristen, ein Verbandsklagerecht sowie einen Rechts- und Amtshilfefonds für Betroffene seien wirkungsvolle Wege, um Personen mit Diskriminierungserfahrungen in Belastungssituationen schnelle Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Unterzeichner*innen verwiesen darauf, dass ein Großteil der Menschen, die sich in Hessen gegen Diskriminierung einsetzen, mit voller Überzeugung und ehrenamtlich für eine offene und vielfältige Gesellschaft arbeitet. Das sei gut so, reiche aber nicht aus: „Man darf die Ehrenamtlichen nicht alleine lassen! In einer Zeit in der Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Hetze gegen Geflüchtete und andere menschenfeindliche Haltungen enttabuisiert werden, muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Und dafür brauchen wir mehr geförderte Strukturen mit ausreichenden Mitteln“.

Insbesondere Beratungsstrukturen und Netzwerke auf lokaler, regionaler und Landesebene gelte es stärker als bisher zu unterstützen und auszubauen.

„Es gilt jetzt klare Gegenentwürfe zum Rechtspopulismus aufzuzeigen! Politische und gesellschaftliche Gräben müssen eingerissen werden. Die Lebensentwürfe und die Hintergründe der Menschen sind vielfältig und ein Geschenk für Hessen. Deshalb setzen wir uns weiter aktiv für einen respektvollen, diskriminierungsfreien und aner kennenden Umgang der Menschen ein: Wir bekennen uns zu einem ‚Ja zur Vielfalt!‘“